



Ehemaliges Feldlager  
der Bundeswehr in Kunduz

AUSLANDSEINSÄTZE

# Wie einst in Vietnam

Vor einem halben Jahr ist die Bundeswehr aus Kunduz abgezogen. Auch deutsche Entwicklungsexperten werden vor Ort selten gesehen. Es wirkt wie eine Flucht. Was hat Deutschland im Norden des Landes hinterlassen? *Von Nicola Abé*

FOTOS: JOEL VAN HOUDT / DER SPIEGEL

**H**auptmann Faridoon Hakimi sitzt neben einem gigantischen Grill, auf dem die Deutschen gern Würstchen braten, und kaut eine Mandel. Die Sonne steht senkrecht über dem ehemaligen Feldlager der Bundeswehr in Kunduz, keine Wolke am Himmel. Hakimi blinzelt. Neben ihm steht ein einsames Schild in deutscher Sprache: „Büro Baumlade“.

Seit einem halben Jahr sind Hakimis Freunde und Verbündete nun fort. All die Parkplätze für Helikopter und Panzerfahrzeuge stehen leer. Auch der weiße Zeppelein, dessen Kameras einst die Gegend erkundeten, schwebt nicht mehr über dem Gelände.

„Wir brauchen keine Aufklärung“, sagt Hakimi, 32, der neue Kommandeur der Afghanischen Nationalarmee im Feldlager, „wir haben unsere Augen.“ Der Zeppelin sei ohnehin Geldverschwendung gewesen. Er lächelt, sein Bart ist sorgsam gestutzt, die nackten Füße stecken in Gummisandalen.

Sein Blick wandert zum Horizont, wo die Berge sich allmählich grün färben. Hakimi weiß, was der Frühling bedeutet. Mit dem Grün kehren auch die Taliban zurück.

Zehn Jahre lang hatte Deutschland im Rahmen der internationalen Schutztrup-

pe Verantwortung für die nordafghanische Provinz übernommen. In Kunduz führte die Bundeswehr ihren ersten richtigen Krieg. Deutsche Entwicklungsexperten sollten Frauen zu ihren Rechten verhelfen, Demokratie fördern, die Wirtschaft aufbauen. Es flossen Milliarden, und es floss das Blut deutscher Soldaten. Kunduz war ein Ort großer Opfer.

Bis zum 6. Oktober 2013. An diesem Tag übergaben die Deutschen ihr Feldlager an die Afghanen.

„Sie sind geflohen“, krächzt der stellvertretende Polizeichef der Provinz Kunduz in seinem Büro und schleudert seine Hand martialisch von der Brust weg, „schlicht geflohen! Es war zu früh.“

„Es war zu früh. Es war wie eine Flucht“, so kann man es fast wortgleich von Bundeswehrsoldaten hören, die auch Vergleiche zu Vietnam ziehen und zum Rückzug der Amerikaner aus Saigon. „Wenn die Bundeswehr etwas wirklich gut kann, dann ist das abziehen“, lautet ein hämischer Spruch im Berliner Regierungsviertel, den man dieser Tage häufig vernimmt.

Was also haben die Deutschen wirklich in Kunduz bewirkt? Wofür die 25 Opfer, allein in dieser Region? Wozu all das

Geld? Was bleibt von diesem Einsatz? Beantworten möchte die Regierung diese Fragen lieber nicht. Eine vollständige Evaluation des Afghanistan-Engagements ist nicht geplant.

In der verlassenen Provinz Kunduz aber findet man Antworten. Je näher das frühere Feldlager der Bundeswehr rückt, desto leerer werden die Straßen. Die Landschaft ist baumlos und weit, ein paar ausgebrannte Karossen und Fässer stehen am Straßenrand. Das Pizza-Restaurant, bei dem die Deutschen einst bestellten, hat dichtgemacht. Am Eingang zum Feldlager rollen einige Uniformierte Stacheldraht aus. „Wir sind hier, um die Gebäude zu bewachen“, sagt Said Mujer, 25, von der afghanischen Polizei. Er sei hier der Boss, der eigentliche Chef lasse sich kaum blicken.

Der Weg führt vorbei an leeren Wachposten und geplatzen Kiessäcken hinein in ein Geisterdorf aus breiten Straßen, Gebäudeblöcken und Brachflächen, von denen einst Helikopter starteten. Es wirkt wie die Siedlung von Außerirdischen, die nach einem Zwischenstopp längst wieder fort sind, weil der Planet sich als unwirtlich erwies. Trotz Fitnessraums, Kneipe und des großen deutschen Grills.



Kommandeur Hakimi (r.), Politikerin Barekzai: Ein Rest von Normalität



Knapp 2000 Soldaten waren im alten Feldlager stationiert. Nur ein paar Relikte ihrer Lebensform haben sie zwischen den Ruinen hinterlassen: „Rindfleischlyoner“ steht auf einer runden Aluminiumdose, daneben liegen die Getränkepulvermischung „Exotic“ und ein paar Scheiben Vollkornbrot im Dreck.

„Sie haben nur Müll dagelassen“, sagt Mujer und kickt ein Schälchen Gulasch mit Kartoffeln über den Boden. „Wir essen so was nicht.“ Er rüttelt an der Eingangstür zur Kantine. „Alles verschlossen.“ Innen stapeln sich Tische und Stühle. Die Kühlschränke, sagt Mujer, seien schon weg gewesen, als er angekommen sei. Auf dem Schwarzmarkt in der Stadt habe man sie kaufen können.

Seit einigen Monaten hausen Mujer und ein paar Dutzend Kollegen in 3 der rund 50 Gebäude. 126 Millionen Euro hatte die Bundesregierung allein in den Bau des Lagers investiert. Wo also ist die Ausbildungseinrichtung der Polizei, die sich laut Fortschrittsbericht hier befindet? Mujer guckt verwirrt, er schüttelt den Kopf. Davon hat er noch nie gehört. Ein paar seiner Jungs spielen Volleyball, andere pülen Bohnenfürs Abendessen. Einer will wissen, wie man am besten nach Deutschland flieht.

Die Wände des Gebäudes „Dresden“ haben Risse, im Haus „Frankfurt“ strömt Wasser aus der Decke. „Wir sind doch keine Klempner“, sagt Mujer.

Mitten in dieser todgeweihten Stadt kämpft Hakimi, der Kommandeur der Armee, in seinen Gummisandalen für einen Rest von Ordnung und Normalität. Auf dem Feldlager-Gelände ist er der Nachbar von Mujer und den Jungs der Polizei. Die Fläche, die Hakimi und seine Soldaten verwalten, ist durch eine Mauer abgetrennt und macht nur einen Bruchteil des Terrains aus. Dafür sieht es bei Hakimi aus, als hätte er sich ein kleines Deutschland inmitten des Verfalls bewahrt. Kein Müll, keine Schlaglöcher, sogar die Zedernbäume am Wegrand sind noch grün. „Zweimal die Woche“, erklärt Hakimi, „müssen alle Soldaten antreten und aufräumen.“ Habe er eingeführt. Seit die Bundeswehr die Generatoren abgebaut hat und das Lager am Netz der Stadt Kunduz hängt, fällt der Strom oft aus. Hakimi hat sich zwei Solarplatten gekauft.

Der Kommandeur schwärmt von seiner Zeit mit den deutschen Soldaten. Am Feuer hätten sie gegessen, Bier und Wein getrunken, gemeinsam gekocht. Die Zuverlässigkeit der Deutschen habe ihn beson-

ders beeindruckt. Nebeneinander hätten sie geschlafen in ihren Feldbetten in Baghlan im Sommer. „Sie haben uns wirklich vertraut“, sagt Hakimi und blinzelt die Rührung weg.

Dann erzählt er vom letzten Winter, dem härtesten seines Lebens. Dem Winter, als die Deutschen weg waren. Hakimi trägt ein Tattoo zwischen Daumen und Zeigefinger: Sichelmond und Stern, gestochen von einem Kampfgefährten, damals, als Hakimi noch ein Jugendlicher war und mit der Nordallianz in den Bergen gegen die Taliban kämpfte, „von Angesicht zu Angesicht“. Sein Leben lang hat er Krieg geführt. Alles nichts gegen den letzten Winter.

Immer wieder war er in der nordöstlichen Provinz Badakshan. Kalt sei es gewesen, ohne passende Stiefel, ohne Heizung, ohne Strom, oft ging das Benzin aus. Die Aufständischen, sagt Hakimi, seien unberechenbar wie nie. Luftunterstützung von den internationalen Truppen gab es nur zu Beginn für ein paar Tage.

„Die Moral des Feindes ist gestärkt“, sagt er, „ich habe viele meiner Männer sterben sehen.“ Von seinen 720 Soldaten sind gerade rund 150 im Lager, der Rest kämpft, irgendwo. Auch für Hakimi könnte jeden Tag wieder der Anruf aus Kabul kommen.

Und plötzlich wird klar, dass das kleine, abgekapselte Deutschland, in dem er sitzt, mit Hakimis Wirklichkeit kaum etwas zu tun hat. Für die deutschen Soldaten war das Lager zehn Jahre lang der Mittelpunkt ihres Einsatzes, für Hakimi ist es nur ein Ort zum Luftschnappen zwischen zwei Gewehrsalven.

In Berlin betonen die Politiker, wie viele afghanische Mädchen heute zur Schule gehen können und wie gut die Wahlen gerade laufen. „Normales Leben entlang der Hauptverkehrsadern ist möglich“, trägt ein deutscher General in der Bundespressekonferenz vor. Nicht alles ist schlecht in Afghanistan, so das Mantra. Doch die Sicherheit bröckelt gerade im Norden, das müssen sogar Regierungsberichte einräumen. Noch fragiler erscheint der Zustand, wenn man betrachtet, auf welch flüchtige Koalitionen und seltsame Personen er sich stützt.

Die Männer der afghanischen Lokalpolizei etwa sind eine Art letzte Front im Kampf gegen den Terror. Das US-Militär hat die schlechtbezahlten Hilfspolizisten ausgebildet, um die regulären Kräfte von Polizei und Militär zu verstärken. Präsenz in der Fläche schaffen, auf dem Land, wo sonst keiner ist, so lautete die Idee.

Heute harren die Männer an Posten aus, die man nur über unbefestigte Straßen erreicht und die aus ein paar Geröllsäcken – „Geschenk der Bundeswehr“ – und Matratzen am Boden bestehen. Sie tragen Kalaschnikows und fahren Motorrad. Sie sterben in Sprengfallen, verlieren Augen und Arme. Mancher Kommandeur

verschanzt sich nur noch in seinem Haus. Menschenrechtsorganisationen werfen der Lokalpolizei Schutzgelderpressung und Gewalt vor. Lokale Warlords sollen ihre Milizen in die Einheiten gespeist haben. Fragt man etwa die Polizisten im Distrikt Chahar Darreh nach ihren Verbindungen zum berüchtigten Kriegsherrn Mir Alam, schweigen sie.

Wie sehr die brüchige Stabilität auf alten Milizen beruht, zeigt auch der Fall eines anderen Mannes. Er kommt in einem grünen Pick-up angefahren, begleitet von zwei Bewaffneten.

Im Keller eines heruntergekommenen Hotels fieseln seine zittrigen Finger ein kleines Plastikkärtchen aus der Westentasche, eine Art Ausweis, eine Lebens-

ein wenig Geld vom Geheimdienst bekommen. Aber er hat jetzt auch viele Feinde. Richtig zufrieden ist er nicht mit seiner Lage.

Er sei verantwortlich für mehrere Dörfer im östlichen Teil der Provinz, für Hunderte paschtunische Familien. Sechs Kinder habe er selbst. Alle müssten essen. Erfolglos habe er versucht, ein bisschen Geld aus dem Topf der Entwicklungshilfe zu gelangen. Als Paschtune – das Volk, dem die Taliban entstammen – werde er aber diskriminiert.

„Wenn nichts kommt“, sagt er schließlich, „muss ich wieder auf die andere Seite.“ Einfach wäre der Weg zurück zu den Taliban nicht. Er müsse sich etwas Besonderes einfallen lassen, sinniert er rau-

auch fragt in der Stadt, Journalisten, Polizisten, ehemalige afghanische Mitarbeiter der Bundeswehr: Deutsche haben sie hier schon lange nicht mehr gesehen.

Dabei ist Afghanistan eines der wichtigsten Partnerländer der GIZ. 227 deutsche Mitarbeiter sind vor Ort, 159 davon jedoch in Kabul, weit weg von den Menschen, für die sie da sein wollen. In der Hauptstadt unterhält die GIZ sogar eine eigene PR-Abteilung. In Kunduz hingegen arbeiten nach offiziellen Angaben derzeit angeblich neun Entwicklungsexperten. Sogar das Programm für Ortskräfte, das ehemaligen Mitarbeitern der Bundeswehr bei der Jobsuche helfen soll, ist im Dezember von Kunduz nach Masar-i-Scharif umgezogen.



**Straßenszene in Kunduz:** Wofür die 25 Opfer allein in dieser Region?

versicherung auch. Mr. Mohamed Khan, der eigentlich anders heißt, ist jetzt kein Terrorist mehr, er hat die Seiten gewechselt. Er sei freiwillig dem Friedensprozess zwischen Regierung und Aufständischen beigetreten, bescheinigt ihm das Kärtchen. Und dass die Rechte eines afghanischen Bürgers nun auch für ihn gelten. Offenbar war das vorher nicht der Fall.

Khan zündet sich eine Zigarette an. „Im Sommer haben wir in den Bergen geschlafen und Bomben gebaut“, erzählt er, „im Winter lebten wir in der Stadt Quetta in Pakistan.“ Er habe oft gegen die Deutschen gekämpft, Deutsche getötet. Verletzt worden sei er auch. Er schiebt seinen Ärmel hoch und zeigt Narben von Einschusslöchern in Schulter und Arm.

Sie hätten gut gezahlt, die Taliban.

Schließlich habe er die Seiten gewechselt. Die Dorfältesten und ein ehemaliger Taliban-Kommandeur hätten ihn überredet. Khans Männer kämpfen nun für die Regierung. Seither hat er hin und wieder

chend, eine schwierige Operation, ein Anschlag im Zentrum vielleicht. Es scheint, als funktioniere Alltag in Kunduz allein durch den Schmierstoff Geld.

Die Soldaten ziehen zwar ab, die zivilen Helfer aber bleiben – dieses Bild wird in Berlin vom Norden Afghanistans gezeichnet. „Wir müssen den Afghanen zeigen, dass wir sie nicht allein lassen“, heißt es im Entwicklungsministerium. Seit dem Abzug der Truppen habe sich nichts verändert, sagen Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

„Die GIZ? Die waren mal hier“, sagt Asila Barezai vom Provinzrat in Kunduz. „Aber jetzt nicht mehr. Nicht, dass ich wüsste.“ Seitdem nachts Schüsse fallen und ihr Wagen angegriffen wurde, traut sich die Politikerin sich mehr zu reisen. Überhaupt verstehe sie nicht, wie man Entwicklungsarbeit machen wolle, wenn es keine Sicherheit gebe. „Wir brauchen die deutschen Truppen.“ Wen man

Was genau die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen zehn Jahren in Kunduz gemacht hat, bleibt zum Teil vage, versteckt sich hinter Worten wie „Strukturförderung“ oder „regionale Kapazitätsentwicklung“. Ein Projektbesuch in Kunduz ist nicht möglich. Leider sei derzeit kein internationaler Mitarbeiter vor Ort, teilt die Pressestelle mit. Stattdessen bietet sie ein Gespräch in einem Kabuler Luxushotel an. Das Gebäude ist durch Betonwände abgeschottet. In die Lobby gelangt man über mehrere Sicherheitsschleusen, ein Hund schnüffelt nach Sprengstoff.

Francisco Vilella, ein Mann mit gepflegter Bräune und gestärktem Hemd, sitzt in einer orientalisch gemusterten Polstergarnitur. Seit einem Jahr und ein paar Monaten leitet Vilella die Wirtschaftsförderung der GIZ. Zuvor war er in Zentralamerika. Vilella kann sehr überzeugt über den „Mehrebenenansatz“ seiner GIZ referieren, was bedeutet, dass Regie-

rung und Kleinbauern gleichzeitig beraten werden. Er gerät ins Schwärmen, wenn er von der Holstein-Kuh spricht, die im Vergleich zur afghanischen Kuh ein Zigfaches an Milch gebe. Er sagt Sätze wie: „Cattle Management, da müssen wir noch stärker reingehen.“ Worte aus einer anderen Welt.

Einmal im Monat versuche er Kunduz zu besuchen, sagt Villela. Leider schaffe er das nicht immer. Einen deutschen Mitarbeiter habe er dort nicht. Dass die lokale Wirtschaft unter dem Abzug der Truppen, dem Abfluss des Geldes stark leidet, will er nicht abstreiten.

Gerade habe er eine Projektfortschrittskontrolle hinter sich, sagt Villela, deswegen habe er in den letzten Tagen wenig Zeit gehabt. Sei aber alles gut gelaufen. Morgen fliege er nach Deutschland. Auch er gehört zur Spezies der Außerirdischen.

In Kunduz sitzt Kommandeur Hakimi, der letzte Bewunderer der Deutschen, in seinem „Büro Baumlade“. Im Radio habe er beunruhigende Dinge gehört: Die internationale Gemeinschaft könnte ihre Finanzmittel für die afghanische Armee kürzen, weil das bilaterale Sicherheitskommen mit den USA noch nicht unterschrieben ist. „Wir haben hier Tadschiken, Usbeken und Paschtunen, wir kämpfen gemeinsam wie Brüder“, sagt Hakimi, „aber ohne Geld gibt es uns in einem Monat nicht mehr.“

Ob er noch Panzer habe? Nein, Panzer leider nicht. „Aber große Gewehre!“ Er schickt einen der Soldaten los, die Waffen holen. Die lässt er auf dem Boden auslegen: ein altes sowjetisches Maschinengewehr des Typs PK, eine Minigun amerikanischer Herkunft und einen Raketenwerfer. „Sehr schlagkräftig“, sagt Hakimi.

Er liebt sein Land. Seine Tochter, seinen Sohn. Für sie kämpft er. Für das Mädchen wünscht er sich eine Zukunft nach dem Gesetz der Scharia, für ihn heißt das: Gott soll sie lieben, aber sie soll frei leben, studieren und Ärztin werden.

Ob sie zu früh gegangen sind, seine Verbündeten? Hakimi antwortet nicht sofort. Er will nicht schlecht reden über die Deutschen. „Das ist keine militärische, sondern eine politische Entscheidung“, sagt er dann. Ein schrecklich deutscher Satz, er könnte auch aus der Presseabteilung des Berliner Verteidigungsministeriums kommen.

Aber schließlich sagt er doch noch einen afghanischen Satz: „Ein Freund sollte seinen Freund nicht im Stich lassen.“ Dann senkt er den Kopf.



LOBBYISMUS

## Kleingehackter Knoblauch

Abgeordnete und Mitarbeiter der Unionsfraktion dürfen jetzt beim Großmarkt Metro einkaufen. Dabei brauchen ihre Büros die Vorteile gar nicht.

Der Abgeordnete Klaus Brähmig aus Königstein in Sachsen hat es zwar aktuell zum Vize-Vorsitzenden des Tourismusausschusses gebracht und zum Chef der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe. Zu den wirklich gefragten Kollegen in der CDU/CSU-Fraktion gehörte er dennoch bisher nicht. Das ändert sich gerade.

In den vergangenen Tagen war Brähmigs Büro im fünften Stock des Jakob-Kaiser-Hauses eine der am meisten gesuchten Adressen im Deutschen Bundestag. Dort liegen seit dem 1. April Anträge für eine Mitgliedskarte beim Großhändler Metro zur Abholung bereit. Einen solchen Antrag könne nun jeder Unionsabgeordnete und dessen Mitarbeiter ausfüllen, der die Sonderkonditionen der Metro in Anspruch nehmen möchte. Organisiert wird die Aktion vom Team Brähmig.

Wer den Antrag abschickt, hat schon bald freien Zugriff auf kiloschwere Nutella-Gläser oder Riesenwürstchen-Dosen. „Die Daten wurden von der Metro bereits eingepflegt“, verkündet Brähmigs Mitarbeiter freudig in einer Mail („Betreff: Dringende Erinnerung: Metro-Karte“) an alle Kollegen aus der Unionsfraktion. Nach nur zehn Tagen „können Sie dann deutschlandweit an der nächstgelegenen Metro-Filiale den Metro-Lichtbildausweis herstellen lassen“. Aus mehr als hundert Unionsbüros kommen die Bestellungen, die Aktion scheint ein voller Erfolg zu werden.

Dass die Vorzugsbehandlung von Abgeordneten und ihren Mitarbeitern gerade in diesen Zeiten heikel sein könnte, scheint niemanden zu stören. Dabei trat erst zu Monatsbeginn das Gesetz zur Abgeordnetenbestechung in Kraft. Vor gut einem Jahr sorgte zudem die Vergünstigung einer privaten Krankenversicherung für CDU-Mitglieder für Unmut. Erst Axa, jetzt Metro. In der Union scheint man besonders heiß auf Rabatte zu sein.

Die meisten Normalbürger haben keinen Zutritt zu Metro-Filialen. Eigentlich dürfen dort nur Unternehmer und Selbstständige einkaufen, Gaststätten und Hotels etwa, die große Portionen Lebensmittel für ihren Betrieb benötigen. „Es gibt große Mengen zu einem günstigen Preis“, sagt eine Sprecherin des Metro-Konzerns, die die Sondervereinbarung mit der Unionsfraktion bestätigt. Das Angebot sei immer reichhaltiger und differenzierter geworden. Für Restaurantbesitzer gebe es etwa „auch vorgeschälte Kartoffeln oder kleingehackten Knoblauch“.

Nun benötigt ein Bundestagsbüro nicht zwingend kleingehackten Knoblauch, ja nicht mal vorgeschälte Kartoffeln. Gebraucht werden Kugelschreiber, Papier, Bürobedarf. Dazu Kaffee, Tee und ein paar Kekse für Gäste. Für den Bürobedarf der Abgeordneten gibt es ein gesondertes Budget und eigene Bestellformulare. Eine Broschüre erklärt, was das Bundestagsbüro über das „KoSa“, das Konto für Sachleistungen, kaufen kann. Darunter fallen Farbdrucker samt Papier, Diktiergeräte, selbst eine Falzmaschine. Eigentlich bleiben damit nur Kaffee und Kekse für die künftigen Großeinkäufe bei der Metro.

Dass die ausgehandelte Sonderbehandlung keine besonders feinfühligte Aktion war, dürfte man inzwischen auch im Büro des Abgeordneten Brähmig ahnen. Keine der anderen Bundestagsfraktionen hat sich der Aktion bisher angeschlossen.

Zumindest einen Widerständler gegen die Rabatte gibt es auch bei den Konservativen. In der Mail an die Kollegen weist Brähmigs Mitarbeiter darauf hin, „dass ein(e) Abgeordnet(e)r der Fraktion sich verbeten hat mit diesen ‚Sonderkonditionen‘ in Verbindung gebracht zu werden“.

Der Mitarbeiter selbst mag dagegen keine großen Vorteile in der Metro-Karte erkennen. Die Preisvorteile seien doch unerheblich, sagt er, die Qualität der Produkte jedoch richtig gut. Das argentinische Rindfleisch etwa könne er nur empfehlen. Und auf Wahlkreis-Festen könne man prima mit den riesigen Senftöpfen arbeiten. Allerdings müsse man den Senf vorher in kleine Behälter umfüllen.

Der Fraktionsführung scheint das Thema eher unangenehm zu sein: „Das ist eine Angelegenheit der Mitarbeiter“, lässt die Pressestelle ausrichten, „damit hat die Fraktion nichts zu tun“.

MELANIE AMANN, GORDON REPINSKI



**Video-Reportage: Das verlassene Lager**

spiegel.de/app172014kunduz  
oder in der App DER SPIEGEL